

DIE ÖKOLOGISCHEN FOLGEN DES BEWAFFNETEN KONFLIKTS IN KOLUMBIEN

Beatrice von Bila

Der seit vierzig Jahren anhaltende bewaffnete Konflikt in Kolumbien hat sich in den letzten Jahren zugespitzt. Neben linksgerichteten Rebellen- und Armee sind Drogenhändler und rechtsextreme paramilitärische Verbände für politische Gewalttaten verantwortlich. Pro Jahr kommen in Kolumbien rund 30.000 Menschen gewaltsam ums Leben, darunter etwa 5.000 durch politischen Mord. Die meisten Opfer finden sich unter der Zivilbevölkerung. Ausdruck dieses Umstandes sind die nahezu zwei Millionen intern Vertriebenen und Flüchtlinge (Reyes 1999: 2). Seltene Tier- und Pflanzenarten, wertvolle Ökosysteme und tropischer Wald sind weitere stumme Opfer der bewaffneten Auseinandersetzungen. Ein besonders dramatisches Beispiel für die Folgen der Gewalttaten des Konflikts für Mensch und Umwelt war der Sprengstoffanschlag der Guerillagruppe *ELN* (*Ejército de Liberación Nacional*) auf die größte Ölpipeline des Landes, *Caño Limón Coveñas*, im Oktober 1998, wobei brennendes Öl in das nahe gelegene Dorf Machuca in der Provinz *Antioquia* lief.¹ Fünfzig Personen wurden getötet und weitere erlitten schwere Verletzungen. Das brennende Öl verseuchte das Land und die Wasserläufe in der näheren Umgebung.

Der folgende Beitrag analysiert die Auswirkungen des bewaffneten Konflikts in Kolumbien auf die Umwelt und versucht, die daraus resultierenden Hindernisse für die Durchsetzung eines wirksamen Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutzes darzustellen.

¹ Der *ELN* bekennt sich zwar zu dem Anschlag, lehnt aber die Verantwortung für das Feuer ab. Die Gruppe wirft der Armee vor, das ausgelaufene Öl in Brand gesetzt zu haben (El Tiempo, 19.10.1998).

1. Naturreichtümer und Umweltzerstörung

Kolumbien zeichnet sich durch außerordentlichen Reichtum an erneuerbaren und nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen aus. Das Land besitzt große Bergzüge und ausgedehnte Regenwaldflächen. Etwa ein Viertel der kolumbianischen Landfläche ist von tropischem Regenwald bedeckt. Weiterhin verfügt Kolumbien über immense Wasservorkommen, Bodenschätze und fruchtbare Böden (National Preparatory Commission for UNCED 1992: 13). Einer der größten Reichtümer ist die vorhandene Vielfalt an Pflanzen- und Tierarten. Kolumbien ist eines der etwa fünfzehn Länder mit biologischer Megadiversität.² Die Fläche Kolumbiens entspricht lediglich 0,7% der Erdoberfläche, dennoch konzentrieren sich dort etwa 10% aller Tier- und Pflanzenarten der Welt (Ministerio del Medio Ambiente et al. 1997: 4).

Die Einsicht, dass Kolumbiens Zukunft von der Erhaltung seiner reichen natürlichen Ressourcen abhängt, setzte sich in den letzten zehn Jahren verstärkt durch. Seit Anfang der neunziger Jahre findet ein institutioneller und konzeptioneller Reformprozess des Umweltsektors statt. Im Rahmen der Verfassungsreform von 1991 wurde die nachhaltige Entwicklung zum grundlegenden Ziel der Gesellschaft erklärt und der Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz in die relevanten Sektoren der Politik integriert. Das Umweltproblem wurde somit nicht auf die Kontrolle des Umweltschutzes reduziert, sondern mit den Problemen sozialer Ungleichheit und der wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft. Mit dem 1993 in Kraft getretenen Umweltgesetz *Ley 99* von 1993 erfolgte die Gründung des Umweltministeriums und der regionalen Umweltbehörden.³

Trotz der Fortschritte in der Umweltpolitik hat die Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen seit 1990 weiter zugenommen. Neben den naturbedingten Einwirkungen wie Erdbeben und Überflutungen ist der größte Teil der Umweltbelastungen auf den Menschen zurückzuführen. Ein komplexes Gefüge von natürlichen, sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen behindert die wirksame Umsetzung der Nachhaltigkeitsprinzipien. Nachfolgend sollen nur einige der zentralen Umweltprobleme hervorgehoben werden.

Das größte Umweltproblem in Kolumbien ist die rasante Zerstörung der Wälder und der daraus resultierende Verlust der Artenvielfalt. Ursprünglich bedeckten Wälder 69% des kontinentalen Territoriums, heute

² Vgl. den Beitrag von Lüddecke über die biologische Vielfalt in Kolumbien in diesem Band.

³ Zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung und der Reform des Umweltsektors siehe den Beitrag von Villarronga-Walker in diesem Band.

sind es nur noch 46% (Ministerio del Medio Ambiente 1996: 1). Menschliche Aktivitäten wie Brandrodungen zur Gewinnung von Agrar- und Weideland sowie Kahlschläge im Zusammenhang mit der Holzindustrie und dem Ausbau von Infrastruktur verursachen den größten Teil dieser Zerstörung. Es gibt keine präzise Information über das Ausmaß der Abholzung der Waldbestände. Den Angaben des Umweltministeriums zufolge wird die jährliche Entwaldung auf 600.000 Hektar geschätzt (Ministerio del Medio Ambiente 1996: 1). Der dadurch verursachte Verlust an Biodiversität⁴ ist besonders gravierend, weil in Kolumbien die Bergwälder des Andenraums, die Überschwemmungswälder und die Tieflandregenwälder zu den artenreichsten Naturräumen der Welt gehören, wobei ein großer Teil der dort vorhandenen Artenvielfalt noch gar nicht erforscht worden ist.

Die zunehmende Gefährdung der vorhandenen Wasserressourcen ist ein weiteres Umweltproblem, das unter anderem auf die Zerstörung von Wasserquellen durch Abholzung zurückzuführen ist. Dazu kommt die ansteigende Verschmutzung der Wasservorkommen durch eine unzureichende Abfall- und Abwasserentsorgung in den städtischen und industriellen Zentren sowie den unangemessenen Einsatz von Chemikalien in der Landwirtschaft. Obwohl Kolumbien über große Reserven verfügt, leidet schon heute ein bedeutender Teil der Bevölkerung (ca. 14%) unter Wasserknappheit (Rodríguez 1998: 79).

Die fortschreitende Umweltzerstörung zeigt sich auch daran, dass die Hälfte der Böden von Erosion betroffen ist, davon rund 24% im fortgeschrittenen Stadium (Ministerio del Medio Ambiente et al. 1997: 15). Eine der wesentlichen Ursachen dafür ist die Verwandlung ausgedehnter Regenwaldflächen in Ackerbau- und Viehzuchtgrundstücke, was zu einer Verschlechterung der Bodenqualität und fortschreitender Erosion führt, da ein großer Teil der Regenwaldböden für moderne Landwirtschaft oder Viehzucht nicht oder kaum geeignet ist.

Die Umweltbelastungen hängen erheblich mit wirtschaftlichen, sozialen, politischen und institutionellen Faktoren zusammen. So führt die ländliche und städtische Armut dazu, dass die Menschen sich häufig gezwungen sehen, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen übermäßig zu beanspruchen, beispielsweise durch Brennholzeinschlag, willkürliches Besiedeln von Schutzgebieten und landwirtschaftliche Nutzung ökologisch empfindlicher Grenzböden.

Einfluss auf die Umweltzerstörung und Ressourcenausbeutung haben ebenso internationale Faktoren wie die grenzüberschreitende Wasser- und

⁴ Unter *Biodiversität* versteht man die Vielfalt des Lebens auf der Erde, von der genetischen Vielfalt über die Artenvielfalt bis hin zur Vielfalt der Ökosysteme.

Luftverschmutzung oder die indirekt wirkenden Bedingungen der internationalen Finanzmärkte und Handelsbeziehungen – etwa in Form von Handelshemmnissen oder durch die Nachfrage nach legalen und illegalen Rohstoffen.⁵

Solche Umweltprobleme bestehen in ähnlicher Form auch in anderen Entwicklungsländern. Die besondere Herausforderung für den Bereich des Umweltschutzes in Kolumbien liegt darin, dass dieser zusätzlich mit einem weiteren gravierenden Problemkomplex gekoppelt ist: der Kulmination gewalttätiger Auseinandersetzungen.

2. Der bewaffnete Konflikt

Derzeit erlebt Kolumbien eine Eskalation des jahrzehntelangen bewaffneten Konfliktes zwischen den linksgerichteten Guerillagruppen und der Armee. Die Ursprünge der größten Guerillagruppe, die *FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia)*, gehen zurück auf ländliche Selbstverteidigungsgruppen, die während des Bürgerkrieges zwischen der Liberalen und der Konservativen Partei (der sogenannten *La Violencia* 1948–1958) gebildet wurden.⁶ Aus dieser Bewegung entstand 1966 die orthodox-kommunistisch und pro-sowjetisch orientierte *FARC*. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten ist der ländliche Raum, wobei sie die Verbesserung der Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung und die Reform des Agrarsektors als zentrale Ziele ihres Kampfes nennen.⁷ Zur selben Zeit entstanden weitere Guerillabewegungen, darunter die heute zweitgrößte Gruppe, der *ELN (Ejército de Liberación Nacional)*.⁸ Der *ELN* wurde 1964 in den Städten vor allem von Studenten und Intellektuellen gegründet und zog sich später in die ländlichen Gebiete zurück. Die ideologische und programmatische Grundlage dieser bewaffneten Gruppe war von der kubanischen Revolution und der Theologie der Befreiung geprägt. Durch den bewaffneten Kampf will die Guerilla – ganz allgemein – gegen die Dominanz des oligarchisch-klientelistischen Zweiparteiensystems eintreten und tiefgreifende politische, soziale und wirtschaftliche Reformen erzielen,

⁵ Zu den Symptomen und Ursachen der Umweltzerstörung in Kolumbien siehe: Ministerio del Medio Ambiente et al. 1997: 16 f.; Gómez 1998: 55 ff.; Rodríguez 1998: 78 ff.

⁶ Diese Selbstverteidigungsgruppen kämpften in der *Violencia* gegen die Übergriffe der konservativen Regierung Laureano Gómez (1946–1953) und der Großgrundbesitzer.

⁷ Zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der *FARC* siehe: Pizarro 1991.

⁸ Das Machtteilungssystem der Nationalen Front (1958–1974) förderte die Entstehung der Untergrundbewegungen in den sechziger Jahren. Die Nationale Front resultierte aus einem Abkommen zwischen der Konservativen und der Liberalen Partei mit dem Ziel, die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ihnen zu reduzieren: Mit Hilfe eines Proporzsystems wurden alle politischen Positionen bis hinab auf die lokale Ebene unter den beiden Traditionsparteien aufgeteilt, was dazu führte, dass große Teile der gesellschaftlichen Kräfte von der politischen Teilnahme ausgeschlossen wurden (Krumwiede/Stockmann 1995: 390).

die eine Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Bevölkerung und die Aufhebung der extremen Besitz- und Einkommenskonzentration bewirken.⁹

Die Auseinandersetzungen zwischen den Rebellen und den regulären Streitkräften sowie der Polizei befinden sich heute in einer militärischen Pattsituation. Die *FARC* und der *ELN* haben in den letzten Jahren eine bedeutende wirtschaftliche und militärische Stärke erlangt. Sie konnten ihre Mitgliederzahl¹⁰, ihre Einkünfte und Einflusszonen kontinuierlich vergrößern. Derzeit ist die Guerilla in mehr als der Hälfte der *municipios* (Landgemeinden) präsent. An verschiedenen dieser Orte haben die Rebellen die lokale Macht ergriffen und ersetzen die staatliche Autorität, indem sie unter anderem Rechtsstreitigkeiten schlichten und kommunalpolitische Entscheidungen treffen. Die Expansion der Guerilla über den lokalen und regionalen Zusammenhang hinaus erfolgte in den achtziger Jahren. Während die Rebellen in den sechziger Jahren ihre Aktivitäten zunächst auf die weniger entwickelten und entlegensten Regionen des Landes konzentrierten, kontrollieren sie heute auch wirtschaftlich attraktive Landgebiete mit schwacher staatlicher Präsenz. „Folglich hängt die Eroberung neuer Territorien in der Praxis nicht unbedingt von der sozialen Lage der Einwohner ab, sondern vielmehr vom Wirtschaftspotential der jeweiligen Gebiete“ (Echandía 1995 zitiert nach Labrousse 1999: 323).¹¹ Die Guerillaorganisationen haben mithin ihre politische Strategie geändert: Nicht die gewaltsame Eroberung der staatlichen Macht wird angestrebt, sondern die Konsolidierung ihrer lokalen Macht in einer großen Anzahl strategisch wichtiger Regionen. Auf diese Weise will die Guerilla die Regierung dazu bringen, im Rahmen politischer Verhandlungen auf ihre Forderungen einzugehen.

Die Guerilla erhält hohe Einnahmen durch (1.) Lösegeldzahlungen aus Entführungen und (2.) Erpressung von Schutzgeldern aus Rinderzucht, Landwirtschaft und Erdölproduktion. Die *FARC* haben eine weitere lukrative Finanzquelle erschlossen: In ihren Einflusszonen im Süden des Landes liegen die wichtigsten Kokaanbaugebiete. Dort verlangen sie eine Gebühr von den Drogenproduzenten und gewähren im Gegenzug militärischen

⁹ Für eine ausführliche Darstellung der Entstehungsgründe, Entwicklung und Motive der Guerilla in Kolumbien siehe Kurtenbach 1997; Gaitán 1995: 364 ff.

¹⁰ Heute wird mit rund 20.000 Bewaffneten gerechnet (El Tiempo, 28.11.1999).

¹¹ Der *ELN* ist u.a. anwesend in den Regionen der Erdölförderung im Nordosten, der Goldförderung im Nordwesten, der Bananenplantagen im Magdalena Medio und der Koka- und Mohn-Anpflanzungen im Südwesten des Landes (Echandía 1999: 110 ff.). Die *FARC*-Einheiten kontrollieren u.a. die Regionen im Süden und Südosten Kolumbiens, wo Kokaanbau und -verarbeitungsgebiete liegen, die Bananenplantagen in Urabá, die Gebiete zur Förderung von Erdöl (z. B. Magdalena Medio, Putumayo) sowie zur Förderung von Gold (Cauca, Bolívar) (Echandía 1999: 106 ff.).

Schutz für die Koka-Pflanzungen. Daraus ergibt sich eine äußerst ungewöhnliche Zusammenarbeit von linksgerichteten Guerillaorganisationen und kapitalistisch orientierten Drogenhändlern. Man schätzt, dass die beiden größten Guerillagruppen insgesamt über Einnahmen von jährlich ca. 900 Millionen US\$ verfügen. Davon stammen ca. 500 Millionen US\$ aus der „Besteuerung“ der Kokaproduktion (Shifter 1999: 15). Die Finanzkraft der Guerilla ermöglicht eine verbesserte militärische und technologische Ausstattung. Die *FARC* und der *ELN* haben dem Militär in den letzten Jahren dadurch einige empfindliche Niederlagen zugefügt.¹²

Die Zivilbevölkerung, insbesondere die ärmere Bevölkerung auf dem Land, ist Hauptopfer der terroristischen Anschläge der Rebellen. Zu den Gewaltaktionen zählen Überfälle auf Dörfer und Behörden, Entführungen, Erpressungen, Viehdiebstahl und der Einsatz von Landminen. Zudem sabotieren die Guerilleros Kommunalwahlen und verüben Anschläge auf infrastrukturelle Versorgungseinrichtungen. Die Attentate auf die Zivilbevölkerung und die zweifelhaften Finanzquellen machen den ideologischen Hintergrund der Guerilla immer unglaubwürdiger. Die Gruppen geben vor, dass sie nicht von ihren ursprünglichen Zielen abgewichen seien, diese sich jedoch nur durch den bewaffneten Kampf durchsetzen ließen und dieser Kampf von finanziellen Einnahmen abhängt.

Die Drogenmafia hat außerdem erheblich zur Eskalation der Gewalt beigetragen. Als sich der Drogenanbau 1980 in Kolumbien konsolidierte, bildeten sich mächtige Kartelle. Die bekanntesten sind das Medellín- und das Cali-Kartell. Durch Geldwäsche und Bestechungen beeinflusste die Rauschgiftmafia alle gesellschaftlichen Sphären – auch den Staatsapparat. So wurde die Wahlkampagne des ehemaligen Präsidenten Ernesto Samper (1994–1998) zum Teil mit Geldern des Cali-Kartells finanziert. Dessen ungeachtet starteten die verschiedenen Regierungen seit 1978 immer wieder Versuche, gegen die Drogenhändler vorzugehen. Anfang der neunziger Jahre wurden die großen Drogenkartelle zerschlagen, an ihrer Stelle dominieren heute jedoch viele kleine Händler den Markt. Die beständige Zunahme der Rauschgiftproduktion in Kolumbien konnte bislang nicht gestoppt werden. Die Drogenmafia führt einen unerbittlichen Kampf gegen Armee und Polizei sowie gegen jegliche Kontrahenten. Durch das äußerst lukrative Rauschgiftgeschäft können die Drogenbarone enormen Reichtum und Großgrundbesitz erwerben. Das macht sie zur Zielscheibe von Erpressungen und Entführungen der Guerilla. Die Drogenmafia ihrerseits unterstützt Todesschwadronen, jugendliche

¹² So erschossen die *FARC*-Kämpfer beim Überfall auf den Militärstützpunkt *Las Delicias* 1997 zahlreiche Soldaten und nahmen weitere sechzig gefangen. Die Übergabe eines Teils der Gefangenen erst im Sommer 2001 erfolgt.

Killerkommandos und paramilitärische Gruppen, die in bestimmten Regionen operieren, um die Guerilla und ihre mutmaßlichen Sympathisanten zu beseitigen.

Die als Antwort auf terroristische Anschläge der Guerilla entstandenen Selbstverteidigungsgruppen sind heute weitere Akteure in dem gewalttätigen Konflikt. In den achtziger Jahren organisierten vor allem Großgrundbesitzer und reiche Viehhalter Privatarmeen, um sich vor den Übergriffen der Rebellen zu schützen. Die Milizen haben in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr ihren defensiven Charakter aufgegeben und sind zu offener Aggression übergegangen. Ein großer Teil der sich vervielfachenden Selbstverteidigungsgruppen entwickelte sich zu paramilitärischen Organisationen. Bei dem Versuch, ihre Kontrolle über bestimmte Gebiete militärisch auszuweiten, begehen sie schwere Menschenrechtsverletzungen. Sie kämpfen selten direkt mit den Guerilleros, vielmehr überfallen sie Dörfer und bringen demonstrativ Menschen um, die sie der Komplizenschaft mit der Guerilla verdächtigen. Ihre Gewaltakte sind grauenvoll: systematische Einschüchterungskampagnen, Attentate, sogenannte Säuberungsaktionen der Gesellschaft von sozialen Randgruppen, Ermordungen und Massaker. Heute sind die Gruppen schwer voneinander zu unterscheiden und ihre Finanzierungsquellen oft undurchsichtig. Unklar ist auch das Ausmaß der Zusammenarbeit von Teilen der Armee und der Polizei mit den paramilitärischen Verbänden. Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen wie *amnesty international* weisen schon seit einigen Jahren auf die häufige Komplizenschaft zwischen staatlichen Instanzen und paramilitärischen Verbänden hin (*amnesty international* 1999: 2 f.; Human Rights Watch 2000).¹³ Zwar verurteilten die verschiedenen Regierungen der letzten zwei Jahrzehnte die gewaltsamen Aktionen der illegalen paramilitärischen Gruppen verbal, aber sie versäumten bislang, entschiedene und wirksame Maßnahmen gegen diese Übergriffe zu ergreifen.¹⁴ Der amtierende Präsident Andrés Pastrana kündigte Anfang 2000 an, gezielt gegen paramilitärische Verbände und ihre Helfer in der Armee vorzugehen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, in der unter anderem Vertreter des Verteidigungs-, des Innen- und des Justizministeriums sowie des Generalstaatsanwalts die Verfolgung dieser Gruppen koordinieren sollen.

¹³ Die Regierung von Präsident Ernesto Samper (1994–1998) hat 1995 die Verantwortung des Staates bei einem Massaker im Jahre 1990 eingeräumt und Verantwortliche aus dem Militär- und Polizeidienst entfernt.

¹⁴ Die Armee hat kaum militärische Offensiven gegen die paramilitärischen Gruppen gestartet. Zwischen 1990 und 1997 erfolgten lediglich sieben bewaffnete Konfrontationen zwischen regulären Streitkräften und paramilitärischen Gruppen (Reyes 1999: 8; Shifter 1999: 16).

3. Die ökologischen Folgen des bewaffneten Konflikts

Dem Betrachter bietet sich somit das Bild eines bewaffneten Kampfes, der seinen ursprünglichen Charakter verloren hat: Heute kämpfen die verschiedenen bewaffneten Gruppen vorrangig um die territoriale Herrschaft über bestimmte Gebiete (Reyes 1997: 99). Die Zunahme der Intensität des bewaffneten Konflikts und die Erweiterung der Gebiete, in denen die Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien stattfinden, erzeugen einen verstärkten Druck auf die Umwelt und die natürlichen Ressourcen. Hier seien nur die wesentlichsten Auswirkungen aus einer qualitativen Perspektive angesprochen, da es kaum Informationsquellen gibt, die eine quantitative Auswertung erlauben.

3.1 Austragungsorte des bewaffneten Kampfes in ökologisch empfindlichen Gebieten

Bei den Operationsgebieten der Guerilla handelt es sich in vielen Fällen um Gebiete mit reichen Naturvorkommen und Bodenschätzen. Zum einen halten sich die Rebellen aus taktischen Gründen in nicht erschlossenen Gebieten mit ursprünglicher Vegetation auf. Zum anderen gehören zu ihren Operationsgebieten die wirtschaftlich attraktivsten Regionen des Landes, die im Zusammenhang mit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen stehen, wie zum Beispiel das ökologisch wertvolle Gebiet des *Magdalena Medio*, in dem große Bananenplantagen und Rinderzucht existieren, oder die von den *FARC*-Einheiten kontrollierten Regionen im Amazonas-Regenwald, wo die Koka-Anbau und -verarbeitungsgebiete liegen (*Guaviare*, *Caquetá* und *Meta*). Die zunehmende Anwendung technologischer Kampfmittel – wie Bombardierungen aus der Luft durch die Armee oder der Einsatz von Landminen durch die Guerilla – haben in solchen Regionen weit reichende ökologische Schäden zur Folge. In vielen Fällen handelt es sich um Gegenden, die eine große Artenvielfalt aufweisen und/oder ökologisch fragil sind, d.h. durch die kleinste äußerliche Beeinträchtigung ihr ökologisches Gleichgewicht verlieren können. Häufig sind die Operationsgebiete der Guerilla sogar Naturschutzgebiete.¹⁵

Allerdings leistet die Guerilla in einigen Orten einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz, indem sie sich um die Verwaltung und Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen kümmert. Hieraus ergibt sich eine widersprüchliche Haltung: Die *FARC* vernichten – ohne die Genehmigung der zuständigen Behörden und der entsprechenden Untersuchung

¹⁵ In Kolumbien gibt es 45 Naturschutzgebiete, was rund 9% der Landesfläche ausmacht.

ökologischer Folgen – die unberührte Vegetation des tropischen Regenwaldes für den Bau einer ca. zweihundert Kilometer langen Straße durch die Region der Macarena (El Tiempo, 7.8.2000). Der ELN sprengt auf der einen Seite Erdölleitungen und nimmt ökologische Schäden in Kauf, auf der anderen Seite setzt er sich ausdrücklich für den Umweltschutz in Kolumbien ein.¹⁶

3.2 Die Sprengstoffanschläge auf Erdölproduktionsstätten und Ölleitungen

Zwischen 1986 und 1998 wurden mehr als 700 Anschläge auf Erdölanlagen und Ölleitungen verübt. Dadurch sind ca. zwei Millionen Barrel Öl ausgelaufen (Ministerio del Medio Ambiente 1999: 2), ungefähr zehnmal so viel wie bei dem Tankerunglück der Exxon Valdez in Alaska 1989. Das durch die Anschläge in Kolumbien ausgeströmte Öl belastete – laut offiziellen Statistiken – insgesamt 6.000 Hektar Agrar- und Weideland, 2.600 Kilometer Wasserläufe und 1.600 Hektar Sumpfland in 70 verschiedenen Kommunen (Ministerio del Medio Ambiente 1999: 2). 70% dieser Sprengstoffanschläge waren Attentate des ELN auf die Pipeline *Caño Limón Coveñas*, die das Öl von der Provinz Arauca im Osten Kolumbiens zur karibischen Küste transportiert. Solche Anschläge verübt der ELN seit 1986 regelmäßig. Die Rebellen wollen damit gegen die nationale Energiepolitik protestieren. Sie fördere den Ausverkauf des nationalen Öls an ausländische Konzerne zu Lasten der kolumbianischen Bevölkerung.¹⁷ Die Anschläge verschmutzen die Wasserläufe, da das Öl durch den Boden in die Flüsse und Sümpfe gelangt. Die Ölverschmutzung ist – wie bekannt – eine große Gefahr für Fische und andere Wassertiere sowie für Reptilien, Insekten und Vögel. Bislang wurden noch keine genauen Daten über die Folgen der Ölverschmutzung erhoben, jedoch wird allgemein festgestellt, dass vor allem die Pflanzen starke Schäden erlitten haben. Erschwerend kommt hinzu, dass die Notfallpläne für die Eindämmung der Ölverschmutzung häufig durch Gewaltakte der Guerilla gegen die zuständigen Techniker verzögert werden.¹⁸

Das Umweltministerium und das Ministerium für Bergbau und Energie führen seit 1997 eine Kampagne (*Saquemos la naturaleza del conflicto*), um gegen die Sprengstoffanschläge der Rebellen auf die Erdölanlagen zu protestieren und die nationale und internationale Öffentlichkeit für das

¹⁶ In einigen Naturschutzgebieten kooperiert die Guerilla sogar mit dem Umweltministerium: Sie verhindert die illegale Abholzung und schützt exotische Tiere vor Wilderern.

¹⁷ Siehe hierzu die Aufzeichnungen des von dem kolumbianischen Radiosenders *Caracol* geführten Interviews mit einem Anführer des ELN, Antonio García, am 20.01.2000 (www.eln-voces.com).

¹⁸ Zu den ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Anschläge auf die Erdölanlagen siehe ausführlicher: Defensoría del Pueblo 1998.

äußerst gravierende Problem weiter zu sensibilisieren (vgl. im Internet unter: www.minambiente.gov.co/conflicto/conflicto.htm).

3.3 Das illegale Drogengeschäft und seine Auswirkungen

Das illegale Drogengeschäft hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt und die natürlichen Ressourcen, und zwar durch (1.) Drogenanbau und Rauschgiftproduktion, (2.) Vertrieb des Rauschgifts und (3.) staatliche Strategien zur Bekämpfung dieser Phänomene.

Mit dem Marihuana-Boom der siebziger Jahre in den Vereinigten Staaten begann der massive Anbau von Drogen in Kolumbien. Die größten Marihuana-Pflanzungen lagen in der *Sierra Nevada de Santa Marta*¹⁹, einem Bergmassiv im Nordosten Kolumbiens. Für den Anbau wurden mehr als 100.000 Hektar Primärwald gerodet (Mayr 1998: 81) und große Mengen an Düngemitteln und Pestiziden verwendet. Ferner setzte der Staat zur Vernichtung der illegalen Marihuana-Plantagen Herbizide ein. Besonders gravierend ist die daraus folgende starke Umweltverschmutzung, die einen Wassermangel und die Zerstörung von Flora und Fauna mit sich brachte, in einem Gebiet wie der *Sierra Nevada de Santa Marta*, das von großem biologischem Wert und außerdem Lebensraum für indianische Bevölkerungsgruppen ist.

Ende der achtziger Jahre sank die ausländische Nachfrage nach Marihuana aus Kolumbien, der Schwerpunkt der Rauschgiftproduktion verlagerte sich auf den Koka-Anbau und – einige Jahre später – auch auf den Mohn-Anbau zur Herstellung von Heroin. Kolumbien ist derzeit weltweit der größte Kokainproduzent und besitzt die meisten Anbauflächen der Kokapflanze. Es besteht keine Klarheit über die genaue Größe dieser Flächen, da eine präzise Erfassung der oft sehr verstreuten Koka-Pflanzungen schwierig ist. Den Schätzungen des kolumbianischen Umweltministeriums zufolge erstreckte sich der Anbau von Koka-Sträuchern 1994 auf rund 40.000 Hektar (Ministerio del Medio Ambiente 1997: 20); gegenwärtig sind es ca. 120.000 Hektar (Semana, 23.08.1999). Ebenso hat der Mohn-Anbau in den neunziger Jahren erheblich zugenommen: Die Anbaufläche ist von 1.500 Hektar (1990) auf rund 6.000 Hektar (1998) gestiegen (Vargas 1999). Eines der größten ökologischen Probleme durch den illegalen Drogenanbau ist die Abholzung. So werden

¹⁹ Das Bergmassiv *Sierra Nevada de Santa Marta* ist das höchste Küstengebirge der Welt (mit einer max. Höhe von 5.775 m), es weist neun Klima- und Vegetationsstufen auf und beherbergt einen hohen Anteil endemischer Tier- und Pflanzenarten, d.h. Arten, die nur in diesem Gebiet vorkommen (vgl. Mayr 1998: 80).

für den Anbau eines Hektars Kokapflanzen zwei Hektar, für den Anbau eines Hektars Mohn zweieinhalb Hektar Wald vernichtet (Ministerio del Medio Ambiente 1997: 20). Die wichtigsten Anbauflächen der Kokapflanze liegen im Amazonas-Urwald, die der Mohnpflanze im Andengebirge. Nach Angaben des Umweltministeriums wurden durch den Drogenanbau von 1974 bis 1998 zwischen 850.000 und 1.000.000 Hektar Wald zerstört (El Tiempo, 28.02.2000). Viele Koka-Plantagen liegen in Naturschutzgebieten. Die Entwaldung bedeutet nicht nur einen Verlust an Artenvielfalt, sondern vor allem auch an Wasserquellen. Besorgniserregend ist beispielsweise die Schädigung der *páramos*, der auf 3.500-4.500 Meter Höhe gelegenen Plateaus in den Anden. In einem Großteil der *páramos* wird derzeit Mohn angepflanzt. Sie sind wichtige Wasserspeicher, u.a. weil dort viele Flussquellen existieren.

Außerdem verursacht der Drogenanbau eine zunehmende Boden-degradation, d.h. eine reduzierte Nutzungsmöglichkeit der Böden. Durch die Rodung des Waldes zur Gewinnung von Anbauflächen wird die natürliche Pflanzendecke zerstört. Obwohl die klimatischen Bedingungen in den Amazonasregionen für den Koka-Anbau extrem günstig sind, ist der tropische Boden für die landwirtschaftliche Nutzung nicht oder kaum geeignet. Die schnelle Erschöpfung der Böden führt dazu, dass die Koka-bauern große Mengen Düngemittel einsetzen müssen, die ihrerseits die Böden stark belasten. Die Anbaufläche der Mohn-Pflanzungen, häufig an den Steilhängen der Anden zwischen 1.800 und 3.800 Metern Höhe gelegen, birgt die Gefahr der Erosion mit schwerwiegenden Folgen bei starken Regenfällen. Die Hänge der Berge müssten nach der landwirtschaftlichen Nutzung wieder aufgeforstet werden. In vielen Fällen werden sie aber nach der Nutzung brach liegen gelassen oder in Weideflächen umgewandelt. Die chemische Weiterverarbeitung von Koka und Mohn in Laboratorien, die zumeist in ländlichen Gebieten liegen, verschmutzt die Wasserläufe und den Boden. Für einen Hektar Kokapflanzen fallen zum Beispiel mehr als zwei Tonnen chemischer Abfall an (vgl. Gómez 1998: 56).

Andererseits wird argumentiert, dass der Drogenanbau die Kolonisation des Urwaldes²⁰ verlangsamt habe, weil die Erträge aus dem Verkauf der Kokablätter für den Bauern ausreichend Gewinn bringen und er nicht darauf angewiesen sei, weiteren Urwald zu roden (vgl. Molano 2000). Der entscheidende Grund für die verstärkte Abholzung des Regenwaldes sei die staatliche Bekämpfung des Rauschgifthanbaus durch Einsatz von Pflanzengift. Das Beispiel des Koka-Anbaus illustriert den so genannten „Mobilitätsmechanismus“. Die Kokapflanze wird zumeist von Kleinbauern angebaut

²⁰ Für eine ausführliche Darstellung der Dynamik der Kolonisation (Erschließung und Besiedlung) der Urwaldgebiete in Kolumbien seit 1960 siehe: Mondragón 1998: 103ff.; Reyes 1997: 105f.

– und zwar nach dem *sistema de planteo*: Die Bauern erhalten einen Kredit von den Drogenhändlern, um die für den Anbau notwendigen Mittel zu beschaffen. Werden ihre Felder durch das Pflanzengift zerstört, können sie ihre „Schulden“ nicht zahlen und sehen sich gezwungen, weiter in den Regenwald vorzudringen, um neue Flächen zum Drogenanbau zu roden (Zornosa 1999: 175). In einigen Zonen, wie im *departamento Putumayo* in der Amazonasregion, ist die Existenzsicherung der Kleinbauern von den illegalen Kulturen abhängig. Dieser fortschreitenden Entwicklung will das staatliche Programm *PLANTE (Plan Nacional de Desarrollo Alternativo)* durch die Strategie der alternativen ländlichen Entwicklung begegnen. Soziale und ökonomische Bedingungen, die zum Anbau von Mohn und Koka führen, sollen beseitigt und alternative Agrarprodukte für die Bauern subventioniert werden (Zornosa 1999: 172 f.). Seit 1984 besteht jedoch ein Großteil der staatlichen Bemühungen zur Bekämpfung des Rauschgifthanbaus – wie oben erwähnt – darin, die Pflanzungen mit Herbiziden zu besprühen. Dieser chemische Krieg gegen die Drogenhändler erfolgt durch die Einflussnahme der Vereinigten Staaten. Am häufigsten verwendet wird das Pflanzengift *glifosfato*. Dabei besteht die große Gefahr, dass nicht nur die Koka-Pflanzen vernichtet, sondern auch andere Organismen betroffen werden.²¹ Obwohl der massive Einsatz dieses Pflanzengifts seit 1992 erfolgt, gibt es keine umfassende wissenschaftliche Studie über die Effekte dieses Giftes auf Mensch und Natur. Hierzu äußerte sich der bekannte kolumbianische Journalist Daniel Samper sarkastisch: „Vielleicht sind wir die Versuchskaninchen: Dank der kolumbianischen Kokabauern wird man erfahren, ob das Pflanzengift *glifosfato* schädliche Wirkungen auf Ratten hat“ (El Tiempo, 29.3.2000). Die US-amerikanische *Drug Enforcement Agency* schlug Kolumbien vor einigen Jahren vor, das Pflanzengift *tebutiurón* zu verwenden, weil es im Vergleich zu *glifosfato* wirksamer bei der Vernichtung der Pflanzungen sei. Das Umweltministerium lehnte die Verwendung dieses Mittels nach einer heftigen Debatte ab, da es sich um ein nicht-selektives Pflanzengift handelt, das für ein empfindliches Ökosystem wie das des Amazonas-Urwalds verheerende Folgen haben kann.²²

²¹ Es bestehen zwar technische Vorgaben über Menge und Art der Besprühung der Kokafelder mit Entlaubungsmitteln. Da die Vernichtungsaktionen in Gebieten der kämpferischen Auseinandersetzungen stattfinden, werden sie aber in der Praxis nicht immer verfolgt. So wird der vorgeschriebene Tiefflug nicht eingehalten, um einen Angriff der Guerilla auf die Antidrogen-Flugzeuge zu vermeiden.

²² Mit ähnlichen Argumenten setzten sich Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen sowie staatliche Akteure wie der nationale Ombudsmann für Menschenrechte erfolgreich gegen den Einsatz von dem von US-Behörden vorgeschlagenen Pilz *Fusarium oxysporum* ein (El Tiempo, 15.8.2000).

3.4 Die indirekten Folgen des bewaffneten Konflikts

Die bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien haben auch indirekte Folgen auf den Zustand der Umwelt. Das Klima der Gewalt belastet alle gesellschaftlichen Sphären, und dies wirkt sich wiederum negativ auf den Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz aus.

In vielen Teilen der ländlichen Gebiete herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. In einem solchen Kontext sind die Chancen der Umsetzung einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Nutzung des Landes äußerst gering. Ein großer Teil der Beobachter²³ sieht die Wurzeln des fortwährenden Konflikts in den ungerechten Besitzverhältnissen, insbesondere in der Konzentration des Landbesitzes in den Händen einiger weniger Großgrundbesitzer. Während der letzten Jahrzehnte gab es immer wieder Versuche, eine Agrarreform durchzusetzen, die jedoch im Wesentlichen gescheitert sind. Die gewaltsame Aneignung des Landes durch die Kampfparteien hat die Konzentration des Landbesitzes verstärkt und eine nachhaltige Nutzung des Regenwaldes verhindert. In der für ihre großen Regenwaldgebiete, ihre Biodiversität und reichen Bodenschätze bekannten Region *Chocó*²⁴ werden viele Zivilisten – unter dem Vorwand der Guerillabekämpfung – durch paramilitärische Verbände vertrieben. Diese Verbände verfolgen dabei zum großen Teil wirtschaftliche Interessen. Die Flüchtlinge haben auf der Suche nach einer neuen Existenz nur die Möglichkeit, entweder in den Städten Zuflucht zu finden oder weiter in den Regenwald vorzudringen und den Wald zur Gewinnung landwirtschaftlicher Flächen zu roden. Hat der Kleinbauer sein Feld gerodet, läuft er Gefahr, dass er von einer bewaffneten Gruppe vertrieben wird, die dieses dem Regenwald neu abgewonnene Land für Viehwirtschaft zu verwenden trachtet. Dieses System hat zur starken Ausdehnung der Weideflächen in Kolumbien geführt, die das Gegenteil einer nachhaltigen Nutzung des Regenwaldes ist, nämlich die Zerstörung von Lebensräumen und die daraus resultierende Gefährdung der Tier- und Pflanzenwelt (Fonseca 1999, 21).

Auch die indianische Bevölkerung wird in den bewaffneten Konflikt mit einbezogen. Als eines der wenigen Länder weltweit und einziges Land Lateinamerikas erkennt Kolumbien weit reichende kollektive Landrechte für indianische Völker an. Die kollektiven Landrechte sind seit 1991 in der Verfassung verankert. Die *indígenas* (2% der Bevölkerung) besitzen 18% des Landes, wovon der größte Teil im Amazonasgebiet liegt. Allerdings leiden die indianischen Ureinwohner unter den Übergriffen

²³ Ramírez/Molano 1999: 125 f.; Fonseca 1999: 21 f.; Avellaneda 1997: 95; Reyes 1997: 104 f.

²⁴ Die an der Pazifikküste gelegene Region *Chocó* (*Chocó Biogeográfico*) gehört zu den 25 wichtigsten *global biodiversity hotspots*, d.h. zu den Gebieten mit der höchsten Biodiversität weltweit.

der staatlichen Sicherheitsorgane, der paramilitärischen Verbände, der Guerilla sowie der Drogenhändler und werden dadurch von ihren Gebieten verdrängt. Der Erhalt der biologischen Vielfalt in diesen Gebieten hängt in einem beträchtlichen Maß von den Indianervölkern ab, da sie großes Wissen über die Artenvielfalt und den Umgang mit dem Ökosystem, in dem sie leben, besitzen.

In den urbanen Zentren ist infolge massiver Zuwanderung durch *campesinos* eine umweltfreundliche Stadtplanung nur sehr schwer möglich. Neben den gewaltsamen Vertreibungen leidet die ländliche Bevölkerung unter Arbeitslosigkeit, da die politische Unsicherheit zu einer Reduzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten führt. Viele Menschen wandern auf der Suche nach einem Arbeitsplatz und persönlicher Sicherheit in die Städte, die auf diesen Migrationsdruck nicht vorbereitet sind. Mangels Alternativen siedeln sich die neuen Einwanderer in illegalen Siedlungen an, die überwiegend in ökologisch bedenklichen Arealen liegen, wie zum Beispiel in den erosionsanfälligen Abhängen der Anden-Berghügel von Bogotá.²⁵ Die daraus resultierenden gravierenden Umweltbeeinträchtigungen führen zu einer weiteren Verelendung der Menschen, und diese bewirkt wiederum noch stärkere Formen der Umweltzerstörung.

Die wirtschaftlichen Kosten des Krieges sind immens. Viele Wirtschaftssektoren erleiden hohe Verluste durch die Gewalttaten der bewaffneten Akteure, so etwa die Attentate der Guerilla auf die Erdölförderung und die Energieversorgung oder auf den Landtransport, von dem ein großer Teil des internen Marktes und des Außenhandels abhängt. Die kolumbianische Wirtschaft erlebt zur Zeit die erste Rezession seit 25 Jahren. Die Regierung spricht von einem Wachstumsrückgang von 3,5%. Die politisch prekäre Sicherheitslage hat den wirtschaftlichen Abschwung der letzten Jahre wesentlich verstärkt. Die Investitionen wurden gedämpft und die Produktion geht weiter zurück: Aufgrund des internen Krieges erfährt die Wirtschaft eine Abnahme des BIP von 1–1,5% (Presidencia de la República 2000: 1). Der Produktionsrückgang führt zu einer verstärkten Arbeitslosigkeit: Sie ist von 9% (1995) auf 18,6% (1999) gestiegen (Bfai 2000). Dies wiederum verschärft Armutsprobleme, die sich belastend auf die Umwelt auswirken.

Die Kosten für innere Verteidigung und Sicherheit machen einen sehr großen Teil der gesamten Staatsausgaben aus. Die Regierung investiert zum Beispiel mehr als 4% des Bruttosozialprodukts in den Kampf gegen die Drogenmafia (Zornosa 1999: 173). Die finanziellen Investitionen des Staates in Entwicklungs- und Umweltprojekte werden dadurch reduziert. Für die staatlichen Entscheidungsträger hat das Umweltthema auf der

²⁵ In diesen Vierteln gibt es keine oder nur unzureichende kommunale Dienstleistungen wie Trinkwasser- und Stromanschluss, Abfallbeseitigung und Kanalisation.

politischen Agenda angesichts der dringenden innenpolitischen Themen einen untergeordneten Stellenwert.

Der Gewaltpegel in der Gesellschaft wird durch die illegale Branche des Drogengeschäfts und die Gewalttaten der Konfliktparteien erhöht und trägt dazu bei, dass die gewöhnliche Kriminalität zunimmt.²⁶ Die verstärkte Bereitschaft zur Gewaltanwendung führt bei zunehmendem Verlust des Gewaltmonopols des Staates sowie einer hohen Straflosigkeit und Ineffizienz der öffentlichen Verwaltung zu gesellschaftlicher Zersetzung. In einem solchen Kontext ist die Fähigkeit des Staates gering, an sich fortschrittliche Umweltgesetze durchzusetzen und Interessenkonflikte im Umweltbereich mit den dafür vorgesehenen rechtsstaatlichen Instrumenten zu lösen.

Die aktive Partizipation gesellschaftlicher Akteure bei der Planung und Implementierung von Umwelt- und Entwicklungsprogrammen wird erschwert. Erstens lässt die permanente Verletzung des elementaren Rechts auf Leben den Umweltschutz in den Hintergrund geraten: „Märsche für das Leben, wie sie heute in Kolumbien stattfinden, fordern nicht die Rettung aussterbender Tierarten oder bedrohter Wälder, sondern das Aufhören der Massaker und „politischen Morde.“ (Meschkat 1989: 45). Zweitens werden die Gemeindeorganisationen, die eine wichtige Voraussetzung zur Durchführung einer nachhaltigen Entwicklung sind, durch das Klima der Gewalt geschwächt. So werden Basisbewegungen nicht selten gewaltsam bekämpft. Bemerkenswert ist allerdings, dass sich eine große Anzahl an Nichtregierungsorganisationen und Umweltinitiativen weiterhin für den Umweltschutz einsetzen. Diese Menschen gehen das Risiko ein, dabei von dem Umweltschutz entgegenstehenden Interessengruppen bedroht zu werden und ihr Leben zu verlieren.

4. Schlussbemerkungen: Ohne Frieden kein wirksamer Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz

Die hier umrissenen ökologischen Folgen der bewaffneten Auseinandersetzungen zeigen, dass der Konflikt erheblich zur Umweltzerstörung in Kolumbien beiträgt und die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung verschlechtert. Die Friedenssicherung ist für einen wirkungsvollen Umwelt- und Ressourcenschutz eine wesentliche Voraussetzung.

²⁶ Bei einem großen Teil der Gewalttaten in Kolumbien handelt es sich um «gewöhnliche» Kriminalität wie Entführungen, Raubüberfälle, Mordaufträge und Warenschmuggel.

Seit 1998 führt der amtierende Präsident Andrés Pastrana Friedensgespräche mit den Rebellen, an denen auch die Zivilbevölkerung beteiligt ist. Auch kurz vor Ende seiner Amtszeit lässt sich nicht absehen, ob die Guerilla wirklich an Friedensverhandlungen interessiert ist. Bisher wurden die Gespräche von einer weiteren Ausweitung militärischer Kämpfe begleitet. Eine schnelle Befriedung des Landes ist nicht zu erwarten. Wenn der Friedensprozess in naher Zukunft zu einer Humanisierung des Konflikts führen würde, dann wäre dies schon ein großer Erfolg. Ein dauerhafter Frieden ist jedoch nicht ohne eine politische und sozioökonomische Neugestaltung des Landes möglich.

Um eine weitere Zerstörung der Natur durch den anhaltenden Konflikt zu mindern, muss der Umweltschutz in den Verhandlungen stärker berücksichtigt werden. Dies gilt umso mehr, weil es sich bei den Umweltschäden, wie zum Beispiel dem Verlust von Biodiversität, um nicht rückführbare Prozesse handelt. Die Biodiversität und die genetischen Ressourcen Kolumbiens könnten aber in Zukunft im Zusammenhang mit der Biotechnologie einen größeren Wert für das Land besitzen als heute wahrgenommen wird. Die ökologische Dimension der Friedensverhandlungen kann sich jedoch nicht nur auf die Aspekte der Sprengstoffanschläge auf die Erdölleitungen²⁷ und des illegalen Drogenanbaus beschränken. Vielmehr muss die einmalige Chance genutzt werden, im Rahmen der Friedensgespräche Ansätze zu erarbeiten, die sowohl eine Lösung der sozialen Probleme als auch verschiedene Umweltschutzaspekte umfassen (Ramírez 1998: 43; Rodríguez 1999). Von herausragender Bedeutung ist dabei die Regelung der Besitz- und Landverteilung. Durch die ungeregelten Verfügungsrechte über Land und Ressourcen wurde eine nachhaltige Nutzung der Naturgüter maßgeblich behindert.²⁸

Ein entscheidender Faktor für die Befriedung des Landes ist die Bekämpfung des illegalen Drogengeschäfts. Dieser illegale Wirtschaftszweig ist eine wichtige Finanzquelle der bewaffneten Gruppen und trägt somit zur Eskalation des internen Konflikts bei. Die Vernichtung des illegalen Drogenanbaus sollte jedoch keinesfalls zu Lasten der Bevölkerung und der Umwelt geschehen. Der von Andrés Pastrana zu Beginn seiner Regierung ins Leben gerufene „Plan für Frieden, Wohlstand und Stärkung des Staates“ (*Plan Colombia*) sieht u.a. vor, mit internationaler Unterstützung die Drogenanbauflächen durch den massiven Einsatz von Pflanzengift zu vernichten. Darüber hinaus sollen Drogen-Substitutions-

²⁷ Die Vertreter des ELN bieten in der „Übereinkunft von Himmelsporten“ (Juli 1998) einseitige Friedensschritte an, die sie an konkrete Bedingungen knüpfen: Sie erklären sich bereit, die Anschläge auf die Pipelines einzustellen, wenn die Nutzung der Ressource Öl einem größeren Teil der Bevölkerung zugute kommt.

²⁸ Wertvolle Ansätze, die Umweltschutz, Entwicklung und Friedenssicherung koppeln, sind zum Bei-

programme gefördert werden, um den Kokabauern die Option zu geben, andere agrarische Produkte anzubauen. Washington bewilligte Hilfgelder in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar. Ein großer Teil der Gelder soll allerdings in die Aufrüstung von Polizei und Streitkräften investiert werden.²⁹ Zahlreiche Kritiker des *Plan Colombia* warnen vor einer weiteren Eskalation des Konflikts, da die soziale Komponente des Plans im Vergleich zu den militärischen Zielen, der Bekämpfung der bewaffneten Gruppen und der Vernichtung der Drogenpflanzungen, in den Hintergrund geraten sei.³⁰ Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Feldvernichtung und die Förderung von Ersatzpflanzungsprogrammen für die Kokabauern nicht zur Reduzierung des Rauschgifthanbaus geführt haben. Tatsache ist, dass sich die Anbauflächen der Koka-Sträucher seit 1980 beständig vergrößern. Die Ersatzpflanzungsprogramme sind sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, das Problem werden sie jedoch nicht lösen. Solange es Konsumenten gibt, die zum Beispiel in den USA für ein Kokablatt das 250fache des Betrages zahlen, den der Kokabauer erhält, ist es außerordentlich schwierig, an eine Umwandlung der Drogenpflanzungen in Kolumbien zu denken (Castillo 1996: 17). Der internationalen Gemeinschaft kommt bei der Lösung des Drogenproblems mithin eine besondere Rolle zu, die sie in jüngster Zeit mehr und mehr wahrnimmt. So beteiligten sich im Juli 2000 Vertreter aus 21 Ländern an der im Rahmen der Friedensgespräche etablierten *Audiencia Internacional* über den Aspekt „Illegaler Anbau von Drogen und Umweltschutz“ (El Tiempo, 2.7.2000). Besonders auffallend war, dass die USA – Befürworter der Bekämpfung der Drogenplantagen mit Herbiziden und das Land mit dem höchsten Rauschgiftkonsum – nicht teilgenommen haben. Die internationale Staatengemeinschaft muss den Kampf gegen den illegalen Drogenanbau in Kolumbien unterstützen – etwa durch die effektive Kontrolle der Geldwäsche und der Zufuhr von chemischen Zusatzmitteln für die Drogenproduktion sowie durch besseren und fairen Marktzugang alternativer Produkte aus Kolumbien. Ihr obliegt darüber hinaus die Aufgabe, den Rückgang der

spiel das seit 1998 eingeführte Programm der *Reservas Campesinas* in den *departamentos* Caquetá und Guaviare. Ziel dieses Programms ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauern der Region und die Förderung einer nachhaltigen Agrarwirtschaft. Einer der zentralen Instrumente dieses Programms ist die Klärung der Rechtslage der Bauern im Hinblick auf Landbesitz und Landnutzung (vgl. Mondragón 1999: 106). Ein weiterer interessanter Entwicklungsplan ist der *Plan de Desarrollo Sostenible de la Región de la Sierra Nevada de Santa Marta*. Dazu: Mayr 1998.

²⁹ Der *Plan Colombia* enthält des Weiteren eine Strategie für ein Friedensabkommen mit der Guerilla, einen Plan für die Modernisierung des Wirtschafts- und Finanzsystems, Vorschläge für die Verbesserung des Rechtssystems und für den Schutz der Menschenrechte.

³⁰ Bemerkenswert ist der massive Protest der nationalen und internationalen Menschenrechtsgruppen und Umweltschutzbewegungen. Im Juli 2000 haben fünfzig nationale und europäische NROs in Madrid eine gemeinsame Erklärung formuliert, in der sie ihren Unmut über die im *Plan Colombia* vorgesehene Strategie für die Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels zum Ausdruck bringen (El Tiempo vom 8.7.2000).

Nachfrage nach Kokain und Heroin zu ermöglichen. Denn: „Der große Verlierer aller realen und scheinbaren Gefechte um die Koka ist der Urwald, der Schritt um Schritt vernichtet wird“ (Dilger 1996: 128).

Literatur

- Amnesty International (1999), Jahresbericht Kolumbien, Bonn.
- Avellaneda, A. (1997), Economía, Violencia y Medio Ambiente, in: Ministerio del Medio Ambiente/ ICES (Hrsg.), Memorias, Curso Planificación de Proyectos de Educación Ambiental (9. – 13. Sept. 1996), Bogotá, 91-98.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation Bfai (2000), Wirtschaftsdaten aktuell: Kolumbien, (Mai).
- Castillo, E. (1996), Colonización y conflicto en Amazonía: Las marchas campesinas de 1996 en el Caquetá, in: Ecológica Nr. 19, 16-18.
- Defensoría del Pueblo de la República de Colombia (1998), Impactos ambientales económicos y sociales de la voladura de oleoductos en Colombia, Bogotá.
- Dilger, G. (1996), Kolumbien, München.
- Echandía, C. (1999), Expansión territorial de las guerrillas colombianas: geografía, economía y violencia, in: Deas, M./Llorente, M. V. (Hrsg.), Reconocer la guerra para construir la paz, Bogotá, 101-149.
- Fonseca, C. H. (1999), Capital social para la paz sostenible, in: Fonseca, C. H./González, A./Falla, E. (Hrsg.), Congreso Nacional Ambiental, Hacia una agenda ambiental para la paz en Colombia, (24. – 26. Juli 1998, Guaduas), Bogotá, 9-31.
- Gaitán, F. (1995), Una indagación sobre las causas de la violencia en Colombia, in: Deas, M./Gaitán, F., Dos ensayos especulativos sobre la violencia en Colombia, Bogotá, 89-415.
- Gómez, A. (1998), Supporting Biodiversity through Colombian Botanic Gardens, in: Kraemer, M./Barthlott, W. (Hrsg.), Biodiversity of Colombia. A Call for Colombian-German Cooperation. Proceedings of the Bilateral Symposium (14. – 15. November 1997), Bonn, 55-59.
- Human Rights Watch (2000), The Ties that Bind: Colombia and Military-Paramilitary Links, 12/1.
- Krumwiede, H.-W./Stockmann, R. (1995), Kolumbien, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2, 3. Aufl., Bonn, 338-420.
- Kurtenbach, S. (1997), Guerillabewegungen in Kolumbien, in: Altmann, W. et al. (Hrsg.), Kolumbien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt a. M., 235-255.
- Labrousse, A. (1999), Kolumbien und Peru: politische Gewalt und Kriminalität, in: Jean, Francois/ Rufin, Jean-Christophe (Hrsg.), Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg, 313-343.
- Mayr, J. (1998), Collaborative Bioregional Management of the Sierra Nevada de Santa Marta, in: Kraemer, M./Barthlott, W. (Hrsg.), Biodiversity of Colombia. A Call for Colombian-German Cooperation, Proceedings of the Bilateral Symposium (14. – 15. November 1997), Bonn, 79-87.
- Meschkat, K. (1989), Ökologie, Staat und soziale Bewegungen in Kolumbien, in: Zeitschrift für Lateinamerika, Nr. 36, Wien, 37-45.
- Ministerio del Medio Ambiente de la República de Colombia (1996), Política de Bosques, Documento CONPES, Minambiente-DNP: EPA, Bogotá.
- Ministerio del Medio Ambiente de la República de Colombia (1997), Política Nacional de Biodiversidad – Colombia, Minambiente, Instituto Humboldt, DNP, Bogotá.
- Ministerio del Medio Ambiente de la República de Colombia (1999), Saquemos la naturaleza del conflicto, Bogotá.
- Molano, A. (2000), Bosques, territorios y conflicto social en Colombia, Foro Ambiental Bosques y Paz, Bogotá.

- Mondragón, H. (1999), Siete propuestas para defender el ambiente y lograr la paz, in: Fonseca, C. H./González, A. /Falla, E. (Hrsg.), Congreso Nacional Ambiental. Hacia una agenda ambiental para la paz en Colombia, (24. – 26. Juli 1998, Guaduas), Bogotá, 85-107.
- National Preparatory Commission for UNCED (1992), Colombia National Report for UNCED 1992, Bogotá.
- Pizarro, E. (1991), Las FARC, de la autodefensa a la combinación de todas las formas de lucha. 1946 – 1966, Bogotá.
- Presidencia de la República de Colombia (2000), El conflicto armado en Colombia, Bogotá.
- Ramírez, C./Molano, A. (1999), Estructura agraria, conflictos armados, cultivos ilícitos y medio ambiente, in: Fonseca, C. H./González, A./Falla, E. (Hrsg.), Congreso Nacional Ambiental. Hacia una agenda ambiental para la paz en Colombia, (24. – 26. Juli 1998, Guaduas), Bogotá, 125-145.
- Ramírez, J. (1998), Consecuencias ambientales del nuevo orden en el sector agropecuario colombiano, in: Ramírez, J. et al. (Hrsg.), Agro y Medio Ambiente, Foro Nacional Ambiental, Bogotá, 11-51.
- Reyes, A. (1997), Violencia y medio ambiente. La lucha por el territorio en Colombia, in: Ministerio del Medio Ambiente/ICFES (Hrsg.), Memorias, Curso Planificación de Proyectos de Educación Ambiental (9. – 13. Sept. 1996, Bogotá), Bogotá, 99-109.
- Reyes, A. (1999), Geografía de la guerra, El Tiempo, Especial de Lecturas Dominicales, 17. 10., 1-11.
- Rodríguez, M. (1998), La Reforma Ambiental en Colombia. Anotaciones para la historia de la gestión pública ambiental, Bogotá.
- Rodríguez, M. (1999), La Paz y el Medio Ambiente, in: El Tiempo, 11. 10.
- Shifter, M. (1999), Colombia on the Brink. There Goes the Neighborhood, in: Foreign Affairs Nr. 4, Bd. 78, Juli – August, 14-20.
- Vargas, R. (1999), Estrategia antidrogas, fumigaciones aéreas de cultivos ilícitos y sus impactos socioambientales y políticos en Colombia, Bogotá.
- Zornosa, J. (1999), Erradicación de cultivos ilícitos en Colombia, in: Fonseca, C. H./González, A./Falla, E. (Hrsg.), Congreso Nacional Ambiental. Hacia una agenda ambiental para la paz en Colombia, (24. – 26. Juli 1998, Guaduas), Bogotá, 169-181.